

Landräte sind für die Uni

Von links bis rechts wird das Sparvorgehen kritisiert

Von Nadine A. Brügger

Liestal/Basel. Was das Sparpaket aus dem Baselbiet angeht, sind sich die betroffenen Politiker von links bis rechts in einer Sache einig: Die Einsparungen an der Uni sind so nicht akzeptabel. «Die Unibeiträge auf diese Weise kürzen zu wollen, war ein unausgeogener Schnellschuss», sagt Andreas Bammatter (SP). «Wir wollen die gleiche Uni, dafür aber weniger zahlen, das geht nicht», ergänzt Klaus Kirchmayr (Grüne).

Auch die FDP-Landrätin Marianne Hollinger-Schmidlin und SVP-Landrätin Caroline Mall stehen hinter ihrer Uni. «Die erstklassige Uni ist elementar wichtig für unsere Region. Wir wollen nicht zweitklassig werden», sagt Hollinger. Es gehe, darin sind die Politiker sich einig, bei der Uni um nichts weniger als die Diskussion über die Zukunft der gesamten Region Nordwestschweiz.

Will man weiterhin hoch qualifizierte Arbeitskräfte ausbilden oder will man sie zukünftig woanders herholen?

Die Diskussion darüber, wie viel eine solche Ausbildungsstätte kosten kann und darf, soll geführt werden. Auch darf man sich fragen, woher die Mittel für die Finanzierung kommen. Aber, «dass man einfach einen Betrag in die Luft geworfen hat, ohne klar zu sagen, was dieser beinhaltet, war ganz schlecht. Man hätte die Sparmassnahmen von Anfang an mit Basel-Stadt aushandeln müssen», sagt Mall. Immerhin, betonen die Baselbieter Politiker, stammt die Hälfte der Studierenden an der Universität Basel aus ihrem Kanton. «Das verpflichtet finanziell», sagt Philipp Schoch (Grüne). Daran, dass die Uni zum Nutzen beider Kantone ist, erinnert Martin Furer (GLP): «Die Uni wird angegriffen, als gehöre sie nur der Stadt. Aber es ist die Uni beider Basel.» Seite 9

Basel Zeitung

19. 7. 2015

Landräte stehen hinter Uni

Von links bis rechts kritisiert man das Vorgehen der Regierung

Josch Anker, 14. 7. 2015

Von Nadine A. Brügger

Basel/Liestal. Die Baselbieter Landräte sind sich einig: Das Sparpaket für die Universität werden sie so nicht akzeptieren. «Eine erstklassige Uni ist elementar wichtig für unsere Region», sagt FDP-Landrätin Marianne Hollinger.

25 Millionen will das Baselbiet weniger zahlen. Dabei kommt gut die Hälfte aller Studenten aus dem Halbkanton. Da die Trägerschaft partnerschaftlich geregelt ist, müsste auch die Stadt weniger bezahlen. Weil auch die Drittmittel sich an den Beiträgen der Träger orientieren, hätte die Uni rasch ein Finanzloch von 60 bis 100 Millionen. Das darf nicht sein, sagen jetzt unisono Landräte von links bis rechts.

«Unsere», nicht «eure» Uni

«Immer wieder wird die Uni angegriffen, als gehöre sie nur der Stadt. Aber sie wird von beiden Basel getragen», stellt Hans Furer (GLP) klar. Man vermisst in der Baselbieter Politik den Rückhalt, den Universitäten anderswo haben. «Die Jugendlichen sind unser Rohstoff der Zukunft», erinnert SVP-Landrätin Caroline Mall darum. Darin zu investieren, lohne sich nicht nur für die Studenten, sondern auch für die Gemeinschaft. «Die Region lebt von einer starken Universität», doppelt Grünen-Landrat Philipp Schoch nach. Der Regierung müsse klar sein, wie sehr der Kanton von der Uni profitiere, sagt Furer: «Im Baselbiet leben wir ja nicht nur von Kartoffeln und Chriesi, wir leben von der Wirtschaft und die funktioniert nur, solange wir gut ausgebildete Arbeitskräfte haben. Woher sollen die denn kommen, wenn nicht von unserer Uni?»

Die Uni sei seit Jahrhunderten Basels Erfolgsrezept, «der Garant für unseren Wohlstand», sagt Furer. Das hat seinen Preis. Grünen-Landrat Klaus

Kirchmayr kritisiert denn auch die Forderungen seines Kantons, der nur die Rosinen zu picken versuche: «Wir wollen die gleiche Uni, dafür aber weniger zahlen, das dürfte schwierig werden.» Nur den Verteilungsschlüssel anzupassen, sei zu einfach. «Einseitig zu verkünden, man wolle plötzlich einen kleineren Anteil übernehmen, geht nicht.» Diese Verhandlungen, rät er der Regierung, hätte man besser nicht via Öffentlichkeit geführt.

Die Landräte ärgern sich in erster Linie darüber, dass man mit dem Sparpaket diskussionslos in die Offensive ging. Den Co-Träger einer gemeinsamen Institution mit einem nackten Betrag vor den Kopf zu stossen, «ist nicht partnerschaftlich, sondern ungehobelt und ungeschickt. Da sind wir ja wieder im Mittelalter angelangt», sagt SP-Landrat Andreas Bammatter. Auch SVP-Landrätin Mall befremden die Kommunikations-Künste ihrer Regierung: «Das war ganz schlecht, dass man einfach einen Betrag in die Luft geworfen hat, ohne zu sagen, was er beinhaltet. Wo wird gekürzt?», fragt sie.

Dass man die Finanzen durchleuchten darf, darin sind die Landräte sich einig. «Über das Sparen zu sprechen, ist richtig – aber bitte mit einer detaillierten Auflistung», sagt Caroline Mall. «Sich hinsetzen und diskutieren, wo man einsparen kann, ist gut. Einfach eine Zahlenforderung zu stellen dagegen provokativ», sagt CVP-Landrätin Christine Gorrengourt.

Weil Kritik auch konstruktiv sein soll, denken die Landräte über Lösungen nach. «Es kann nicht sein, dass wir die Uni kaputtsparen. Die Frage ist allerdings: Müssen wir auf jedem Gebiet stark sein?», fragt etwa Gorrengourt. Die CVP-Landrätin sieht im Sparpaket keinen «Schnellschuss», wie Kollege Furer, sondern einen «Startschuss», um

die Strukturen der Hochschul-Finanzierung auf nationaler Ebene zu diskutieren. Eine gerechte Verteilung über alle Kantone hinweg schwebt ihr vor, worin Furer sie unterstützt: «Andere Kantone mit einzubeziehen, das wäre jetzt wichtig.» Mehrmals fällt als Vorbild das Modell der Fachhochschule Nordwestschweiz. Neue Strukturen auf nationaler Ebene wünscht sich auch Hollinger. Denn was die FDP an der aktuellen Situation stört, ist die Aussenwahrnehmung: «National gesehen sind wir ja gar kein Uni-Kanton, trotz Co-Trägerschaft: Baselland hat im Schweizer Hochschulrat keinen Einsitz.»

Höhere Gebühren, hohe Gehälter

Während man über höhere Semestergebühren nachdenkt, obwohl diese finanziell nur wenig Wertschöpfung haben, kommt aufgrund des internationalen Wettbewerbs eine Kürzung der Professoren-Gehälter nicht zur Diskussion. Ebenso wenig wird ein Ausstieg aus dem Univertrag in Betracht gezogen. Auch Vertragsänderungen, glaubt Kirchmayr, kämen nur einvernehmlich zu einer Mehrheit im Landrat. Gorrengourt bekräftigt: «Wir wollen diese gemeinsame Uni gemeinsam erhalten.» Aber sie wendet sich auch mit Sorgen an die Stadt: «Wenn einer der Partner schwächer ist, muss man darüber nachdenken, wie er dennoch mit mag.»

Sorgen macht sich auch die Stadt: Die Jungliberalen haben alte Zitate von Landräten gesammelt, als diese sich klar für die Uni aussprachen. Die Zitate kommen auf Postkarten, werden nach den Ferien von Studenten mit Grussbotschaften versehen und dem Landrat als Mahnung angetragen. Allerdings scheint es so, als bedürften die Landräte keiner Postkarten, um die Richtung zu kennen. «Wir wollen nicht zweitklassig werden», sagt Hollinger.